

## Die Entscheidung des Kabinetts

Nur eine Notverordnung — Krankenscheingebühr für alle Erwerbslosen und Invalidentennter gestrichen.

Berlin, 2. Dezember

Die Nachsitzung des Reichskabinetts war erst nach drei Uhr morgens zu Ende. Das Kabinett hat den ganzen Fraktkomplex, der durch Notverordnung geregelt werden soll, durchgearbeitet.

Während man in politischen Kreisen mit zwei Notverordnungen rechnete, hat das Kabinett beschlossen, alles in eine Verordnung zusammenzufassen. Die Gründe, die dafür ausschlaggebend sind, sollen technischer Natur sein. Die Überänderungen der alten Notverordnung erfolgen unter dem Gesichtspunkt, daß harten herabgemindert werden sollen. Einer der wesentlichsten Punkte ist der Bechlussh, die Gebühr für den Krankenschein nicht nur bestimmten Kategorien, sondern allen Erwerbslosen und den Invalidenten zu erlassen. Man glaubt auch dafür die Zustimmung der Deutschen Volkspartei zu erreichen, da die letzten Berechnungen ergeben haben, daß diese Regelung einen Aufschwung von etwa 8 bis 10 Millionen bedeutet, während die Ersparnisse, die durch Einführung der Gebühr überhaupt erzielt werden, nach den seinerzeit angestellten Schätzungen 420 Millionen ausmachen. Bei der Bürgertagabe ist noch festzustellen, daß die zunächst vorgegebene Erhöhung des untersten Sozialen nicht erfolgt. Die mittleren Sätze werden daher in der Staffelung weiter auseinandergezogen; dazu kommt noch eine stärkere Belastung der größten Einkommen.

Das sogenannte Plaon-Gesetz, das die Höhe der Staats der Länder und Gemeinden begrenzt, ist so umgearbeitet worden, daß es nicht mehr verfassungsändernd ist. Die Gehaltskürzung für die Beamten der Länder und Gemeinden wird besonders geregelt und ebenso wie alle übrigen verfassungsändernden Vorlagen auf den ordentlichen Weg verwiesen.

## Deutschland fordert Einberufung der Abrüstungskonferenz

Berlin, 2. Dezember.

Georg Bernstorff hat im Vorbereitenden Abrüstungsausschuß den Vorschlag einer Entschließung unterbreitet, in der es heißt: „Der Vorbereitungsausschuß empfiehlt nach Abschluß seiner Arbeiten dem Völkerbundstaat, die Allgemeine Konferenz für die Versicherung und Beschränkung der Rüstungen zum 2. November 1931 einzuberufen.“

In dem Entschließungsentwurf wird darauf hingewiesen, daß allgemein das Verlangen besteht, daß die Konferenz möglichst bald zusammenzutreten soll. Es wird daran erinnert, daß die letzte Völkerbundversammlung den Wunsch ausgesprochen habe, daß die Konferenz so bald wie möglich einzuberufen werde. Der Völkerbundstaat hat bereits im Jahre 1926 den Vorbereitenden Abrüstungsausschuß aufgefordert, ihm Vorschläge über die Einberufung der Konferenz zu machen. Der Ausschuß wird nach Erledigung seiner Arbeiten über den Konventionsentwurf zu dem deutschen Vorschlag Stellung nehmen.

## Gegen Frankreichs Saarpläne

Ein zweiter Oberschlesienbesuch Frankreichs?

Dortmund, 2. Dezember.

Ein eindrucksvoller Beweis völkischer Verbundenheit des Saargebietes mit dem Deutschen Reich war die hier veranstaltete Kundgebung, die einen außerordentlich starken Bevölkerungsaufmarsch, darunter Vertreter der Behörden und der öffentlichen Körperschaften. In drei großangelegten Referaten kam der Gedanke des Festhaltens der Saarländer am Deutschen Reich zum Ausdruck. Kommerzienrat Dr. h. c. Hermann Köhling-Saarbrücken behandelte im seinem Referat das Problem der Saargruben. Die Saarbevölkerung sei sich einig, so betonte der Redner, in der strikten Ablehnung jeder Beteiligung von französischen Industriellen auch mit deutschen Industriellen zusammen am Saarbergbau. Chefredakteur Hoffmann-Saarbrücken sprach über die starke französische Propaganda im Saargebiet, während Pfarrer Wilhelm Wehrhahn das Problem eines Völkerbundstaats an der Saar kritisch beleuchtete. Eine einstimmig angenommene Entschließung stellt mit größtem Ernst vor aller Welt fest, daß Frankreich im Saargebiet Pläne verfolge, die ähnlich wie seinerzeit in Oberschlesien unter Miachtung des Selbstbestimmungsrechts der Bevölkerung wirtschaftliche Interessen Frankreichs in den Vordergrund schieben. Die Saarfrage müsse nach den freien Bestimmungen des Saarstatuts ihre Lösung finden. Das Ziel jeder Saarverhandlung müsse die unverzehrte Wiederintablreichung der deutschen Staatsverantwortlichkeit über das Saargebiet in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht sein. Über den Rahmen des Versailler Vertrages seien alle Ansprüche Frankreichs auf die Saar unbedingt abzulehnen.

## Goldentente gegen Deutschland?

Die jüngsten Manöver Frankreichs.

Washington, 2. Dezember.

Großes Aufsehen erregten hier die merkwürdig übereinstimmenden Meldungen der Sonntagsblätter aus Paris über ein engeres Zusammensein der Vereinigten Staaten und Frankreichs in der Form einer Goldentente. Diese soll, wie der Korrespondent der „Washington Post“ erfahren haben will, „den Polizeipräpäp über das unruhige Europa halten und frigerisch veranlagte Staaten durch Nichtgewährung von Untiefen zur Ruhm bringen“. Auch in der Abrüstungsfrage sollen England, Amerika und Frankreich nach Informationen der Pariser Korrespondenten des „Washington Star“ und der „Chicago Daily News“ entschlossen sein, die „malcontenten“ Länder wie Deutschland, Italien und Russland nicht mit ihren Wünschen auf eine weitgehende Abrüstung und Revision des Vertrages von Versailles durchzugehen zu lassen.

Es handelt sich, wie erwähnt, um übereinstimmende Meldungen in der Washingtoner Sonntagspresse, die aus Paris kommen. Daraus muß geschlossen werden, daß hier eine neue französische Intrige im Gange ist, die völlig darauf abgestellt wurde, Deutschlands Kredit

in Amerika zu untergraben. In Amerika selbst steht man diesen Nachrichten skeptisch gegenüber. In eingeweihten Kreisen bezeichnet man sie als offizielle Verleumdung des amerikanischen Staates. Besprechungen, die in Paris zwischen Cardale, Harrison und Owen Young stattgefunden haben sollen, seien offenbar rein finanzieller Natur gewesen und ohne Auftrag der amerikanischen Regierung geführt worden. Gleichzeitig wird im amerikanischen Staatsdepartement erklärt, daß Gibson in Genf bei seiner Zustimmung zu den Paragraphen über die Einhaltung der internationalen Verträge, die in Pariser Blättern beigefügt sind, als angebliche Amerikanische Endosserung der Unverbindlichkeit des Vertrages aufgegriffen wurde, lediglich die Seeverträge von Washington und London im Auge hatte. Das Staatsdepartement wird, so wird versichert, die Tatsache zu gegebener Zeit nochmals eindeutig betonen.

## Die empörte Unschuld

Litauen beschwert sich in Berlin über Ostpreußen

Berlin, 2. Dezember

Der litauische Gesandte in Berlin hat, wie wir von unterrichteter Seite erfahren, im Auswärtigen Amt Vorstellungen erhoben wegen des Verhaltens ostpreußischer Kreise, die in verschiedenen Kundgebungen Ausführungen über den Verlust des Memellandes getan und außerdem Gedenksteine aufgestellt hätten, deren Aufschriften dem Memelland gewidmet sind.

In politischen Kreisen ist man über das Vorgehen Litauens sehr verwundert, insbesondere angesichts der Tatsache, daß die Wahlen im Memelgebiet deutlich erwiesen haben, daß Memel deutsches Land ist.

## Die brennende „Ludwigshafen“

Mit eigener Kraft auf dem Wege nach Cap Mala.

Bremen, 2. Dezember.

Die Meldungen über den Brand auf dem Dampfer „Ludwigshafen“ laufen vorübergehend außerordentlich angestiegt, da die gesamte Besatzung mit Ausnahme des Funkers und des Kapitäns in die Rettungsboote gegangen war, weil es ausflöslos erschien, den Brand einzudämmen. Es wurde auch gemeldet, daß der britische Frachtdampfer „Denmark“ die Mannschaft der „Ludwigshafen“ an Bord genommen und nach Balboa am Panamakanal weitergefahren sei. Später traf die Nachricht ein, daß die Mannschaft des Lynddampfers sich wieder an Bord der „Ludwigshafen“ zurückgegeben habe und daß die „Ludwigshafen“ mit eigener Kraft nach Balboa fahre.

Neben dem erwähnten englischen Frachtdampfer befinden sich auch der Martineschlepper „Sciota“ und der Panamadampfer „Gorgona“ in unmittelbarer Nähe der brennenden „Ludwigshafen“. Inzwischen ist aus Colon ein Funkruf beim Norddeutschen Lloyd eingegangen, der die Nachrichten bestätigt und ausdrücklich feststellt, daß sich das Feuer unter Kontrolle befindet und daß für Schiff und Mannschaft keine Gefahr besteht. In Mala liegt ein Löschboot bereit, um das im Sumpftank des Schiffes ausgebrochene Feuer zu löschen. Das Feuer brach morgens um 2 Uhr aus und war um 8 Uhr auf seinen Herd beschränkt.

**Dampfer „Ludwigshafen“ in Sicherheit**

Bremen, 2. Dezember.

Wie der Norddeutsche Lloyd mitteilt, ist der Dampfer „Ludwigshafen“ in Balboa am westlichen Ausgang des Panamakanals eingetroffen. Die Besatzung ist wohlauflauf. Die erforderlichen Reparaturen werden an Ort und Stelle vorgenommen. Wann das Schiff die Heimreise fortsetzen kann, steht noch nicht fest.

Die „Ludwigshafen“ in Balboa eingedockt.

London, 2. Dezember. Die „Ludwigshafen“ ist nunmehr in Balboa eingedockt worden, nachdem der Brand endgültig gelöscht werden konnte. Bei dem Schadensfeuer auf dem Schiff ist niemand verletzt worden.

## Er lebt noch

Ein verschütteter Bergmann meldet sich nach drei Tagen

Dortmund, 1. Dezember.

Zu dem Grubenunglück, das sich am Freitagmittag auf der Schachtanlage Victor VIII in Castrop-Rauxel ereignete und bei dem zwei Bergleute verschüttet wurden, teilt die Bergwerksleitung folgendes mit:

Von den beiden verschütteten Bergleuten hat der eine sich in der Nacht zum Sonntag gegen Morgen überraschend zu Beginn der Aufräumungsarbeiten konnte festgestellt werden, daß die zu seiner Arbeitsstelle führende Luftleitung intakt war. Nach Lage der örtlichen Verhältnisse kann damit gerechnet werden, daß er an seiner Arbeitsstelle eingeschlossen, aber nicht von den hereinbrechenden Massen getroffen worden ist. Nachdem er sich gemeldet hat, kann man sich mit ihm verständigen. Er ist unverletzt und guten Mutes.

Es ist gelungen, ihm durch die Rohrleitung flüssige Nahrung — Milch und Bouillon — zuzuführen. Die Flüssigkeit wird in kleinen Portionen in die Rohrleitung gepumpt und mit Preßluft nach der Seite gedrückt, wo der Berghüttete sie in seinem Schuh aufsamt. Die Räumungsarbeiten werden noch mehrere Tage in Anspruch nehmen. Es besteht aber begründete Hoffnung, daß sie zu einem glücklichen Ende geführt werden können. — Leider kann man nicht damit rechnen, daß der zweite Bergleute noch am Leben ist. Sein Standort im Augenblick des Zabruches gehens der Strecke läßt eine solche Hoffnung nicht zu.

## Die Magdeburger Expresser verhaftet

Magdeburg. Wie wir seinerzeit ausführlich berichtet haben, unbekannte Expresser im August an verschiedenen öffentlichen Körperschaften Expresserbriefe geliefert, in denen falls die geforderten Summen an bezeichneten Stellen nicht hinterlegt würden, Attentate angedroht wurden; unter an-

derem sollte aus dem D-Zug Magdeburg-Halvernaar ein Paket mit 12 000 RM geworfen werden. Seit August liefern fortgeleitete neue Drohbriefe ein. In einem wurde gesagt, daß man den Polizeipalast und einen Teil der Umgebung in die Luft sprengen wolle, falls nicht 16 000 RM an eine bestimmte Adresse geleistet würden. Die andauernden Ermittlungen der Kriminalpolizei haben während der vier Monate zu keinem Ergebnis geführt. Etwa hundert Personen waren als verdächtig verhaftet worden, sie mußten aber wieder freigelassen werden. Jetzt endlich ist es gelungen, die Expresser, den Schuhmacher Franz Müller in Ebendorf und den Landwirt Gustav Kleinendorf, ebenfalls aus Ebendorf zu verhaften. Nach zweitägigem Verhör legten beide nach hartnäckigem Leugnen ein volles Geständnis ab. Bei Müller wurde an Hand der Schreibmaschine und der Drohbriefe festgestellt, daß es sich um einen der Täter handelt. Müller ist früher Abiturient und studierte mehrere Semester an der Maschinenbauschule in Hannover. Kleinendorf stammt aus einer angesehenen Landwirtfamilie.

## Raubüberfall auf eine Tankstelle

Magdeburg. In die von den Elektrikern Bieling verwaltete Tankstelle in der Maybachstraße drang gegen Mitternacht ein maskierter Räuber ein, schlug die Elektrike zu Boden, raubte einen Geldbeutel mit 180 RM und flüchtete. Die Kriminalpolizei hatte mit ihrer Arbeit schon Erfolg und konnte wenige Stunden später den Täter, einen Gelegenheitsarbeiter Fritz Klemann aus Magdeburg, in einem Keller festnehmen. Der Täter ist geständig. Die Elektrike Bieling liegen in lebensgefährlichem Zustand im Krankenhaus.

## Allerlei Neuigkeiten

Ausbildung des Reichsbahn-Zentralamts. Das Reichsbahnzentralamt in Berlin wird am 1. Dezember 1930 in vier selbständige Reichsbahnzentralämter für Einkauf, Bau- und Betriebstechnik, Maschinenbau und Rechnungswesen umgebildet.

Auto in die Trave gestürzt. Ein mit vier jungen Leuten aus Segeberg besetzter geschlossener Personentransportwagen fuhr unterhalb der Baggergrube bei Lübeck in die Trave und ging sofort unter. Einer von den jungen Leuten tauchte noch einmal auf und konnte von der Feuerwehr geborgen werden, doch waren alle Wiederbelebungsversuche erfolglos. Erst nach längeren Bemühungen gelang es, die anderen drei Leute zu bergen.

Deutscher Dreimastsschoner mit elf Personen untergegangen. Nach einer Blättermeldung aus Kolberg ist der Motordreimastsschoner „Lütz“, der mit Holz von Finnland nach Stettin in See gegangen war, seit fünf Wochen überfällig. Das Segelschiff, an dessen Bord sich der Kapitän mit Frau, eine Köchin und acht Mann Besatzung befanden, ist ein Opfer der leichten Stürme geworden. Zehn Seemeilen nordnordwestlich des ostpreußischen Leuchtturmes Jershoeft wurde jetzt von Rügenwalder Hochseelüttern das Kielen auf der Holzladung treibende Schiff gesichtet und von 17 Küttern nach Rügenwalde geschleppt, wo es 250 Meter seewärts mit den Waffen auf Grund geraten ist.

Zug fährt auf einen Prellbock. Im holzkirchener Bahnhof fuhr der von Lengries kommende Sportzug, der direkt mit Fahrgästen besetzt war, bei der Einfahrt langsam auf einen Prellbock auf. Zwei der Verunglückten mußten ins Krankenhaus eingeliefert werden.

Kleinauto von Autodroschke gerammt. Eine mit sechs Personen besetzte Autodroschke rammte nachts in Krefeld ein Kleinauto, das mit solcher Gewalt gegen ein Eckhaus geschleudert wurde, daß die Ladentür eines Geschäfts eingebrückt und die Wand beträchtlich beschädigt wurde. Das Kleinauto wurde buchstäblich zerquetscht. Der Wagenführer blieb unverletzt, ein Fahrgäste kam mit unerheblichen Schürwunden davon.

Raubmord auf einer Eisenbahnstation. In Hammel bei Augsburg wurde der 42 Jahre alte Bahnagent Johann Weinberger erschossen aufgefunden. Die Bahnstall und der Kassenbestand fehlten. Es ist deshalb Raubmord anzunehmen. Weinberger war kriegsverletzt und hinterläßt Frau und zwei Kinder. Nach den bisherigen Feststellungen scheint Weinberger in dem Augenblick niedergeschossen worden zu sein, als er sich zwischen 10 und 11 Uhr nachts zum Nachhauseweg fertig machte. Die geraubte Summe scheint nicht mehr als 10 bis 15 Mark zu betragen.

Den Gläubiger niedergeschossen. Der Landwirt Fischer aus Bich wurde unter dem Verdacht verhaftet, den Biehändler Nikolaus Weißermeier auf der Landstraße von Emmering nach Bruckhof niedergeschossen zu haben. Der Biehändler war am Freitag voriger Woche neben seinem Motorrad blutüberströmmt und sterbend aufgefunden worden, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben. Fischer hat gestanden, den Biehändler aus dem Hinterhalt erschossen zu haben, weil dieser auf Bezahlung einer Reitschul von 750 Mark aus einem Biehlauf drängte.

Im Auto erschossen. Ein 33 Jahre alter verheirateter Stuttgarter Ingenieur hatte ein junges Mädchen aus Gailingen in Baden von Donaueschingen mit seinem Kraftwagen nach Rotweil mitgenommen. Als das Fahrzeug auf der Straße zum Stehen kam, trachte plötzlich ein Schuß. Ins Gesicht getroffen, brach der Ingenieur zusammen. Woher der Schuß kam, ist noch ungelärt. Das Mädchen wurde vorläufig in Haft genommen.

## Straßenbahnerunruhen in Chemnitz

Die Arbeitswilligen wurden an verschiedenen Straßenbahnen von Streikenden bekämpft. Diese errichteten barrikadenartige Hindernisse, um die Wagen am Ausfahren zu verhindern. Schienen wurden durch Holz und Steine verstopt. Es wurde auch versucht, Straßenbahnwagen umzuwerfen. Wagenfester wurden durch Steinwälle zertrümmert. Polizei und Feuerwehr ist es gelungen, den Verlauf wenigstens teilweise wieder aufzunehmen. Die Polizeiposten, namentlich an den Bahnhöfen, wurden verstärkt. Patrouillen gehen durch die Straßen.

## Sächsisches

Nachdem die langwierigen Verhandlungen mit der Reichsbahn wegen Übernahme der Verwaltung der Elbhäfen und Elbumschlagsplätze in Dresden und Riesa